

# „Heute wird man als Unternehmer für jede Einstellung bestraft“

Warum die deutschen Politiker am Arbeitsmarkt vorbei agieren und weshalb ein Grundeinkommen eine große Chance für den Mittelstand wäre

*Günter Sölken ist einer der Sprecher des deutschen Netzwerks Grundeinkommen und Organisator des Kongresses an diesem Wochenende in Wien. Sönke Iwersen fragte ihn nach den Fehlern der Arbeitsmarktpolitik und den Chancen der Arbeitslosen auf eine bessere Zukunft.*

■ *Herr Sölken, was genau ist ein Grundeinkommen?*

Ein Grundeinkommen ist eine bedingungslose monatliche Leistung des Staates an jeden Bürger. Sie wird unabhängig davon gezahlt, ob der Betreffende einen Arbeitsplatz hat oder nicht.

■ *Aber der Staat muss sparen. Wie begegnen Sie dem Vorwurf, der Kongress sei eine Versammlung von linken Träumern?*

Sie würden sich wundern, wer alles zu den Befürwortern des Grundeinkommens zählt. Ich nenne da nur Milton Friedman, den amerikanischen Wirtschaftsnobelpreisträger, den man nun wirklich nicht als Sozialisten einstufen kann. Aber auch so namhafte Unternehmer wie Götz Werner, der Gründer der Drogeriemarktkette DM, plädiert für seine Einführung. Oder etwa Thomas Straubhaar, der Direktor des Hamburger Welt-Wirtschaftsinstituts HWWI.

■ *Wie erklären Sie sich das wachsende Interesse gerade heute?*

Die Menschen spüren, dass wir mitten in einem gewaltigen Umbruch stecken. Wir kommen mit den alten Lösungsansätzen einfach nicht mehr weiter. Das Traurigste am deutschen Wahlkampf war doch, dass die

Politiker mit ihren Ideen so vollkommen an der Realität vorbeigesegelt sind.

■ *Welche Ideen meinen Sie?*

Fast alle großen Parteien haben sich den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auf die Fahnen geschrieben. Die Wahlkampflakate waren bei diesem Thema kaum voneinander zu unterscheiden. Dabei wissen die Bürger, dass Parteien keine Arbeitsplätze schaffen.

■ *Aber sie schaffen Rahmenbedingungen für Unternehmen, sodass Arbeitsplätze entstehen können.*

Der Sinn von Unternehmen ist nicht die Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern die Herstellung von Produkten oder das Anbieten von Dienstleistungen. In der Vergangenheit ging das Hand in Hand. Aber der technische Fortschritt erlaubt uns, mit immer weniger Menschen immer größere Leistungen zu bringen. Manche Experten sagen voraus, dass es am Ende des 21. Jahrhunderts nur noch für 20 Prozent der Bevölkerung einen Arbeitsplatz geben wird. Diese Entwicklung führt zu absurden Verrenkungen der Politik.

■ *Zum Beispiel?*

Das Unternehmen Müller Milch erhielt vom Freistaat Sachsen und der EU Subventionen in Höhe von 70 Millionen Euro für den Bau einer Milchverarbeitungsanlage und die Schaffung von 143 neuen Arbeitsplätzen in Sachsen. 70 Millionen, das sind fast 500 000 Euro staatliche Gelder für jede Stelle. Fast gleichzeitig hat Müller Milch angekündigt, anderswo zwei Werke stillzulegen – da gehen 165 Stellen verloren. Das zeigt doch, dass die Politik mit ihren Bemühungen um

Arbeitsplätze ins Leere läuft und vielfach sogar noch Schaden anrichtet.

■ *Und ein Grundeinkommen würde helfen?*

Ja. Die Einführung des Grundeinkommens wäre ja keine isolierte Maßnahme. Gleichzeitig würden die Lohnnebenkosten dramatisch gesenkt. Arbeit in Deutschland ist doch vor allem deshalb so teuer, weil immer weniger Arbeitsplätze ein immer größeres Heer von Arbeitslosen finanzieren müssen. Heute wird man als Unternehmer doch fast dafür bestraft, jemanden einzustellen.

■ *Jetzt klingen Sie wie ein Neoliberaler.*

Das zeigt nur, dass sich das Grundeinkommen als Idee eben nicht in eine bestimmte politische Ecke stellen lässt. Aus meinen Gesprächen weiß ich, dass gerade Mittelständler nach Alternativen suchen. Das bismarcksche Sozialversicherungssystem, das uns lange gut gedient hat, hat heute die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit erreicht.

■ *Was schlagen Sie also vor?*

Wir müssen die Finanzierung der Sozialversicherungen von den Jobs entkoppeln. Einerseits steigt die Zahl der Arbeitslosen, andererseits steigt die Zahl der Rentenbezieher. Wenn beides weiterhin über die Lohnnebenkosten finanziert wird, können sich die Unternehmen es bald gar nicht mehr leisten, überhaupt noch jemanden einzustellen. Deshalb muss die bisherige Finanzierungsmethode durch eine Wertschöpfungsabgabe ersetzt werden. Vor allem in der Kombination hiermit wird ein Grundeinkommen für jeden Bürger eine enorme Entlastung für den Mittelstand bedeuten. Dadurch würden tragfähige

Existenzgründungen erleichtert und sowohl neue Arbeits- als auch Ausbildungsplätze entstehen.

■ *Wie hoch soll dieses Grundeinkommen eigentlich sein?*

Da gibt es verschiedene Vorschläge. Es wäre jedenfalls deutlich mehr als die Leistungen von Hartz IV. Die Vorstellungen schwanken je nach Modell zwischen 700 und 1200 Euro pro Person. Das Grundeinkommen würde aber nicht einfach auf alle bestehenden Leistungen draufgesetzt. BaFög, Sozialhilfe und Kindergeld würden entfallen. Die Renten-

und Arbeitslosenversicherungen würden massiv entlastet.

■ *Trotzdem hieße Ihr Vorschlag, eine dreiköpfige Familie erhielte 3600 Euro netto im Monat. Woher soll das Geld kommen?*

Ich erlebe oft, dass das Grundeinkommen mit dem Argument der Finanzierbarkeit abgetan wird. Aber unsere Gesellschaft kann heute mehr, schneller und besser produzieren als jemals zuvor. Trotzdem sagen uns die angeblichen Experten, die Bürger müssten sich einschränken. Gleichzeitig klagt die Wirtschaft über die mangelnde Binnennachfrage.

■ *Sie meinen, das passt nicht zusammen.*

Überhaupt nicht. Die Unternehmen brauchen Konsumenten. Zum Konsumieren braucht man Geld. Das Grundeinkommen ist ein Weg, die Früchte des technischen Fortschritts möglichst allen zugänglich zu machen. Ist diese Idee wirklich unrealistischer als die Forderung eines Fondsmanagers nach einer 20-prozentigen Rendite? 20 Prozent per anno – das ist eine Verdoppelung des Kapitals in vier Jahren. Wer stellt die Frage, woher dieses Geld kommt?

■ *Sie fordern also eine Umverteilung?*

Die Umverteilung findet seit Jahren statt – nämlich von unten nach oben. Natürlich kann man sagen: so ist unser System eben und damit Schluss. Aber ist das wirklich der Wille dieser Gesellschaft? Was ich damit sagen will: Die Finanzierung eines Grundeinkommens für alle Bürger ist keine Rechenaufgabe. Sie ist eine politische Entscheidung.

■ [www.grundeinkommen.de](http://www.grundeinkommen.de)

Stuttgarter Zeitung  
8. Oktober 2005



Günter Sölken arbeitete lange Jahre für die FDP. Nun plädiert er für neue Ideen. Foto NG